



Ahmed Essop

Sieben Jahre Regenbogen: Ein unvollkommener Abriss

Als die Apartheid-Ära im Jahre 1994 endete und in Südafrika auf der Grundlage einer Versöhnung mit der "weißen" Aristokratie der Übergang zur Demokratie in Angriff genommen wurde, war die indische Bevölkerung – eine Minderheit von ungefähr einer Million Menschen – sehr erleichtert darüber, dass ein gewaltsamer Umsturz verhindert worden war und sah mit Zuversicht in die Zukunft.

Auch die indische Bevölkerung hatte bitter unter der Apartheid gelitten. Fordsburg und Pageview, mehrheitlich von Indern bewohnte innerstädtische Viertel Johannesburgs, waren abgerissen und die Bewohner zur Umsiedlung in die weit vom Stadtzentrum entfernte Township Lenasia im Südwesten gezwungen worden. Es war Bestandteil der rassistischen Politik des Regimes, auch die Inder in begrenzte geografische Räume zu verweisen. Viele verloren damals ihre Häuser und Geschäfte, die sie in den ersten Jahrzehnten des zwanzigsten Jahrhunderts unter großen Kosten errichtet hatten. Noch wesentlicher war, dass mit der Umsiedlung die gewachsenen familiären und sozialen Bindungen innerhalb der indischen Gemeinschaft zerstört wurden.

Die indische Bevölkerung nahm aktiv am Freiheitskampf teil. Gandhi mit seinem passiven Widerstand hatte als erster ihre Mühsal ins Licht der Weltöffentlichkeit gerückt. In der Zeit des Befreiungskampfes arbeitete die indische Bevölkerung mit den radikalen politischen Organisationen der afrikanischen Bevölkerung zusammen. Einige mussten im Kampf ihr Leben lassen, andere wurden nach Robben Island deportiert. Wieder andere waren gezwungen, das Land zu verlassen.

Mit der Verabschiedung der neuen Verfassung und der Einsetzung der Menschenrechte wuchs der Optimismus, dass sich die neue Zeit von der vorangegangenen Ära unterscheiden könnte. Jetzt konnte jeder da wohnen, wo er wollte und musste nicht in ein rassistisches Ghetto; Meinungen konnten – mündlich oder schriftlich – zum Ausdruck gebracht werden, ohne dass man sich vor der Sicherheitspolizei fürchten mußte; die Bildungseinrichtungen standen allen offen; und die von der "weißen" Aristokratie durchgedrückten demütigenden Beschränkungen für viele Lebensbereiche waren abgeschafft worden.

Die neue Regierung der Nationalen Einheit richtete die Wahrheits- und Versöhnungskommission ein, um die brutalen Vergehen der früheren Herrscher und ihrer Handlanger zu untersuchen und aufzuzeichnen und denen zu vergeben, die Grausamkeiten aus politischen Beweggründen heraus begangen hatten. Das war zwar eine großzügige Geste, doch waren beileibe nicht alle mit der gewährten Amnestie einverstanden, vor allem nicht die Familien derer, die gefoltert und ermordet worden waren. Juristischer

Straferlass setzt deshalb schon ein gefährliches Zeichen, weil er den Eindruck erweckt, dass ein natürlicher Unterschied zwischen politischen und Zivilstraftaten besteht.

Soll ein Staat ordentlich funktionieren, ohne seinen Bürgern, und vor allem den Armen, Härten zuzumuten, stellen administrative Fähigkeiten und Integrität der Beamten eine lebensnotwendige Voraussetzung dar. Die Politik der Affirmative Action, die von der Regierung eingeführt wurde, hatte in den Provinzen die Einsetzung vieler Beamter zur Folge, denen es an Kenntnissen, Erfahrung und Kompetenz mangelte. Das zeigte sich nur zu bald in Ineffektivität, Korruption und fehlender Hingabe an den Dienst am Bürger. Dann wurde, um Korruption und Betrug zu untersuchen und offen zu legen, die Heath Commission eingesetzt. Anfang 1998 berichtete der oberste Rechnungsprüfer der Kommission, dass die Angestellten des öffentlichen Dienstes Milliarden von Rand veruntreut hatten. Die Misswirtschaft hat in vielen staatlichen Einrichtungen zu ernst zu nehmenden Schäden geführt und beeinträchtigt noch immer Schulen, Universitäten, technische Hochschulen, Krankenhäuser, Kliniken und Dienstleistungseinrichtungen im ganzen Land.

Die Politik der Affirmative Action war ein Versuch, die Diskriminierungen der Apartheid-Ära wieder gut zu machen. Allerdings wurde sie übereilt und unbesonnen in die Tat umgesetzt. Sie führte zu Verschwendung, Vetternwirtschaft, Raubbau an den Schätzen des Landes, Schäden an der Infrastruktur und wachsendem Unmut unter den Bürgern.

Eine der schwerwiegendsten Folgen des Übergangs zur Demokratie besteht im Anwachsen der Kriminalität im ganzen Land. Die Statistiken sind furchteinflößend. 1998 wurden über zwanzigtausend Menschen getötet (die Gesamtbevölkerung beläuft sich auf 40,5 Millionen). Fünfunddreißig Menschen werden im Durchschnitt an einem einzigen Tag getötet. Die Statistik bei Vergewaltigungen ist die höchste in der Welt, einschließlich des Kindesmissbrauchs. Auch Touristen blieben nicht verschont, ebenso wenig wie Ärzte und Krankenschwestern. Viele Bauern sind umgebracht worden, seit der Wende ungefähr vierhundertfünfzig. Das Land wird von Verbrechern belagert. In der Vorstadt Lenasia, die noch immer vorwiegend von Indern bewohnt wird, verfügen die meisten Häuser inzwischen über ausgeklügelte Sicherheitssysteme und Eisengitter vor Fenstern und Türen. Mancher Hausbesitzer hat Sicherheitskräfte eingestellt, und viele Häuser und Geschäfte werden von motorisierten Wachdiensten geschützt.

Der Drogenhandel hat ebenfalls stark zugenommen. Internationale Drogenhändler sehen in Südafrika ein lukratives Absatzgebiet. Kapstadt ist das Zentrum. Elf große Banden operieren hier, und Bandenkriege sind ein normales Ereignis. Die muslimischen Bürger (indischer und indonesischer Abstammung) gründeten PAGAD (People Against Gangsterism And Drugs – Bürger gegen Gangstertum und Drogen), um sich gegen die Verteilung und den Verkauf von Drogen zu wehren. Die Regierung wirft dieser Organisation vor, aus "Fundamentalisten" und "Terroristen" zu bestehen. Man beschuldigt sie, an einer Serie von Bombenanschlägen und Morden in der Stadt beteiligt gewesen zu sein. Als die Mitglieder krimineller Banden einen Protestmarsch gegen diese Organisation veranstalteten, wurden sie polizeilich und militärisch geschützt. In Lenasia zeigte ein PAGAD-Anhänger der örtlichen Polizei die Häuser von Drogenhändlern. Sie wurden weder verhaftet noch angeklagt.

Die Kriminalität ist ein wesentlicher Grund dafür, dass so viele Akademiker, Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten und Künstler das Land

verlassen. Das wiederum hat nachteilige Auswirkungen auf viele Einrichtungen und Ämter und trägt zum wirtschaftlichen und sozialen Niedergang bei.

Paradoxerweise blühte das Verbrechen in der Apartheid-Ära nicht so wie heute. Tagsüber blieben in Fordsburg und Pageview viele Haustüren geöffnet, elektrische Sicherheitssysteme gab es nicht, man brauchte das Auto nicht abzuschließen und konnte nachts durch die Straßen gehen, ohne Angst haben zu müssen.

Zur Veränderung der Sicherheitslage im Land haben viele Faktoren beigetragen. Dazu gehören auch die übertriebenen Versprechungen, die die Politiker vor den ersten Wahlen gemacht haben, und die sie jetzt nicht verwirklichen können; die Erwartung, dass der Wohlstand den Wahlen auf dem Fuße folgen würde; der Zuzug von Millionen Einwanderern aus den Nachbarstaaten, von denen viele auf der Flucht vor Hungersnöten, Krieg oder Armut illegal einwandern (darunter auch Tausende aus Pakistan und Indien); die Desillusionierung der Jugend, die am Befreiungskampf teilgenommen hat; das Ausbleiben ausländischer Investitionen; Armut und Arbeitslosigkeit; das Auseinanderbrechen von traditionellen Werten in der Zeit von Kolonialismus und Apartheid; das Wuchern von Gewalt im Fernsehen; die Abschaffung der Todesstrafe für Schwerverbrechen. Zu Zeiten der Apartheid hielt die harte Hand der gefürchteten Polizei das Verbrechen im Zaum.

Das gegenwärtige Chaos im Bildungsbereich im benachbarten Soweto hatte auch für die Einwohner Lenasias erschütternde Auswirkungen. Während des Schüleraufstandes von 1976 kam es in Lenasia aus Solidarität mit den schwarzen Schülern ebenfalls zu Protesten. Es wurden jedoch keine Schulen in Brand gesteckt wie in Soweto. Der Schlachtruf "Erst Befreiung, dann Bildung" fand keine Anhänger. Für Inder rangieren Bildungseinrichtungen in ihrer Bedeutung gleich hinter Gebetsstätten, Moscheen und Tempeln. Sie zu beschädigen und zu schänden stellt eine sehr schwerwiegende Übertretung der Regeln zivilisierten Benehmens dar. Als 1860 die ersten Inder nach Südafrika kamen, bauten sie in nahezu jeder Stadt des Landes ihre eigenen Schulen. Ihnen war bewusst, dass unter den Bedingungen der Unterdrückung Bildung den einzigen Weg zu Fortschritt und Weiterkommen eröffnete.

Politik und Administration scheinen jedoch das Wesen der Jugend nicht zu verstehen. Jugendliche sind impulsiv und ungeduldig, und wenn sie von etwas enttäuscht sind, dann kann das für sie selbst wie für den Staat nachteilige Folgen haben. Zeitungsberichten zufolge sind seit 1995 im Großraum Johannesburg Tausende durch das Abitur gefallen. Und auch diejenigen mit bestandenerm Abitur hatten, aus unterschiedlichen Gründen, Schwierigkeiten, zu den Universitäten und technischen Hochschulen Zugang zu finden, unter anderem deshalb, weil die Mittel nicht ausreichten. Was aber sollen Jugendliche anfangen, wenn sie keine Berufsausbildung bekommen und die Chancen einer Anstellung sehr begrenzt sind? Die Folge ist der Sturz in Desillusionierung, Müßiggang, Alkohol, Drogen, Promiskuität und Verbrechen.

Die gewaltsamen Proteste von Studenten der Universitäten und technischen Hochschulen, die wegen nicht gezahlter Studiengebühren exmatrikuliert worden waren, waren eine ziemlich schlimme Angelegenheit. Die Studenten beklagten, dass die Universitäten noch immer koloniale Einrichtungen und noch nicht dahingehend verändert worden seien, "benachteiligte schwarze Studenten" aufzunehmen. Zum Teil wurden Universitätsgebäude in Brand

gesteckt, Mülltonnen auf dem Campus-Gelände ausgekippt, Dozenten und Verwaltungsangestellte als Geiseln genommen.

Nach der Wende standen die Verantwortlichen vor einer bedeutenden Aufgabe. In der Ära der Unterdrückung war vielen Kindern der Zugang zu Bildung verwehrt worden. Als schließlich kostenlose Bildung ermöglicht wurde, waren die Schulen dem Zustrom von Schülern nicht mehr gewachsen, und die Belastungen für die Etats des Staates wie der einzelnen Provinzen stiegen auf ein nicht mehr zu bewältigendes Maß.

Die Aids-Epidemie breitet sich, der Weltgesundheitsorganisation zufolge, in Südafrika schneller als in anderen Ländern der Erde aus. Man schätzt, dass sich täglich fast zweitausend Menschen mit dem HIV-Virus anstecken und vier Millionen Menschen bereits infiziert sind. Die Zahl der Toten ist unbekannt. Diese Epidemie wälzt eine schwere Last auf medizinische Institutionen und Wohlfahrtsorganisationen. Die Krise wurde zudem dadurch verschärft, dass die Regierung sich weigerte, die Verschreibung antiviraler Medikamente zuzulassen, die verhindern, dass die Föten infizierter Schwangerer mit dem Virus angesteckt werden. Zudem hat der Präsident die Schlussfolgerung der internationalen medizinischen Fachwelt, wonach – in Ermangelung gegenteiliger Beweise – das HIV-Virus die Ursache von Aids ist, nicht hinreichend akzeptiert. Zu den ernst zu nehmenden Problemen im Land selbst kommen noch Kriege in den nördlichen Nachbarländern, Hungersnöte und der Zusammenbruch des gesellschaftlichen Lebens.

Für viele Menschen ist die Idee einer afrikanischen Renaissance – zu deren führenden Befürwortern der Präsident gehört – eine romantische Vorstellung. Zumal es keine klare Definition des Wortes für einen afrikanischen Sinnzusammenhang gibt. Im besten Falle verweist es in seiner Bedeutung auf eine kulturelle Wiedererweckung. Kann es aber eine Renaissance geben, wenn die Regierung in den nächsten zehn Jahren 30 Milliarden Rand für die Ergänzung ihrer Waffenarsenale ausgeben will? Mitglieder der Oppositionsparteien im Parlament haben wiederholt darauf hingewiesen, dass Südafrika über eine eigene Rüstungsindustrie verfügt, die Armee gut ausgerüstet ist und das Geld besser zur Erhaltung der Infrastruktur eingesetzt werden sollte, die immer weiter in sich zusammenfällt, sowie für die Unterstützung der Armen. Man schätzt, dass ein Drittel der Bevölkerung des Landes arbeitslos ist, dass viele in verwahten Siedlungen am Rand der Städte hausen. Eine Renaissance im kulturellen Bereich kann es aber nur geben, wenn Verbrechen und Korruption in Regierungskreisen zurückgehen und die Bürger von der Sinnhaftigkeit der Errichtung einer Gesellschaft durchdrungen sind, die zugleich ethisch diszipliniert und menschlich ist.

Debatten im Parlament aber, wenn man sie sich im Fernsehen anschaut, versetzen den Betrachter in Schrecken. Die Mitglieder der Regierungspartei scheinen unfähig, Kritik aus den Reihen der Opposition anzunehmen. Selbst wenn Statistiken aus den Regierungsinstitutionen vorgetragen werden, kommt es zu höhnischen Bemerkungen, wilden Behauptungen und Erwidern. Mitglieder der Opposition werden als Rassisten, Nazis, Schwachköpfe bezeichnet oder als Männer und Frauen, die sich der Privilegien der abgelösten Unterdrückterklasse erfreuen konnten und deshalb nicht berechtigt seien, Kritik zu üben. Einmal kam es sogar zu einer handgreiflichen Auseinandersetzung zwischen zwei Parlamentsmitgliedern. Es sieht so aus, als mangle es an Würde und dem Verständnis dafür, was Demokratie ausmacht: Respekt gegenüber den Mitgliedern der Opposition, denn diese sind ebenfalls gewählte Volksvertreter, und abwertende persönliche Angriffe auf sie sind Angriffen auf

die Würde und Klugheit der Bürger, die sie gewählt haben, gleichzusetzen. Auch der Präsident und die Mitglieder seines Kabinetts sind auf dieses Niveau gesunken und beschimpfen Mitglieder der Opposition sogar außerhalb des Parlaments als rassistische Weiße, die die Wende nicht akzeptieren wollen. Die eigentliche Bedeutung der Wahrheits- und Versöhnungskommission scheint nicht in das Bewusstsein einiger Mitglieder der herrschenden Partei gelangt zu sein. Gewährt man Mördern der Apartheid-Ära Amnestie, warum werden dann Mitglieder der Opposition im Parlament mit diffamierenden Attributen gebrandmarkt?

Dem Beobachter wird nur zu schnell offenbar, dass parteiliche Loyalität den Vorrang vor Vernunft und moralischen Prinzipien genießt. Das wird am Beispiel der muslimisch-indischen Parlamentsmitglieder nur zu deutlich. Ein großer Teil der indischen Gemeinde sieht in ihnen Volksvertreter, die sich durch ihre schweigende Zustimmung bei Themen wie Todesstrafe, Abtreibung, Prostitution, Glücksspiel und Staatslotterie, die wenige reich macht und die Armen noch ärmer, sowie der Anerkennung der Rechte Homosexueller, einschließlich des Rechts auf Eheschließung, bloßgestellt haben. Als ihnen Verrat an den religiösen Grundsätzen vorgeworfen wurde, verteidigten sie sich mit der Behauptung, sie verträten nicht die Muslime, sondern die an der Macht befindliche Partei.

Noch bei den ersten allgemeinen Wahlen stimmten viele Inder für die regierende Partei, bei den zweiten Wahlen aber gaben viele kleineren Oppositionsparteien ihr Vertrauen. Auch bei der schwarzen Bevölkerung war dieser Trend zu beobachten, die der United Democratic Movement – einer neuen Partei – über eine halbe Million Stimmen gab. Als nach den zweiten allgemeinen Wahlen verschiedene Minister des Kabinetts andere Posten übernahmen, trat auch äußerlich deutlich zutage, dass sie in ihren bisherigen Zuständigkeitsbereichen versagt hatten. Wie aber sollen die Bürger Vertrauen in die Administration entwickeln, wenn der Justizminister Transportminister wird, der Minister für Wasserversorgung zum Bildungsminister, der Gesundheitsminister Außenminister und der Minister für Verfassungsentwicklung zum Umweltminister? Drei dieser Minister sind indischer Abstammung. Es scheint keinerlei Kriterien zu geben, nach denen Minister berufen werden und so entsteht der Eindruck, dass die Herrschenden ihre privaten Spielchen treiben.

Seit dem Umbruch fanden in Südafrika mehrere internationale Konferenzen statt: darunter die Commonwealth-Konferenz, der Kongress der Nichtpaktgebundenen und die Aids-Konferenz. Die Administration hat Millionen Rand dafür ausgegeben, diese Tagungen zu veranstalten. Die Amtseinführung des Präsidenten kostete allein über 50 Millionen Rand. Gesellschaftskritiker haben darauf hingewiesen, dass sich das Land angesichts der Tatsache, dass Millionen Menschen arbeitslos sind, Millionen in Armut leben und die Infrastruktur vor dem Zusammenbruch steht, solche Ausgaben nicht leisten kann.

Zu Zeiten der Apartheid haben die Schriftsteller – Dramatiker, Lyriker, Romanciers – aufgezeichnet, wie die weiße Tyrannei das Leben in vieler Hinsicht bestimmte. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Schriftsteller nicht auch die gegenwärtige Ära der Gewalt, der Anarchie und des Verfalls dokumentieren. Es gibt jede Menge Material, die Satiriker auf den Plan zu rufen. Schriftsteller schätzen ihre Unabhängigkeit und wissen nur zu gut, dass den Politikern Kritik missfällt, dass sie dann keine Toleranz mehr aufbringen und sie und ihre Arbeiten unterdrücken wollen. In der vergangenen Zeit sind

Schriftsteller inhaftiert worden, wurden unter Hausarrest gestellt, vor Gericht gezerrt und mit dem Verbot ihrer Werke belegt. Doch sie hörten nicht auf zu schreiben. Und das wird auch in Zukunft so bleiben.

Published 2001-04-23
Original in English
Translation by Thomas Brückner
Contribution by Wespennest
© Wespennest
© Eurozine